

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

19.5.1878 (No. 118)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 19. Mai.

1878.

№ 118.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 10. Mai d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem nachbenannten Professoren an der Universität Heidelberg höchsten Orden vom Jährigen Löwen zu verleihen, und zwar:

1. den Stern zum bereits innehabenden Kommandeurkreuz mit Eichenlaub:
dem Geheimrath Professor Dr. Runo Fischer;
2. das Kommandeurkreuz zweiter Klasse:
dem Geheimrath Professor Dr. Knies;
3. das Ritterkreuz erster Klasse:
dem Geheimen Hofrath Professor Dr. Bekker.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 16. Mai d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem Hofschauspieler Heinrich Schaeider in Karlsruhe das Ritterkreuz zweiter Klasse höchsten Ordens vom Jährigen Löwen zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 17. Mai. „Post“ und „Nationalzeitung“ melden, der Kultusminister habe Mitte voriger Woche sein Entlassungsgesuch eingereicht, also bereits vor dem Attentate; die Gründe des Gesuches seien auf innere Verhältnisse der evangelischen Landeskirche zurückzuführen. — Die „Post“ bestätigt, daß Preußen dem Bundesrath einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, wodurch derselbe vorübergehend und vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Reichstages zu Maßregeln gegen die Ausbreitungen der Socialdemokratie ermächtigt werden soll.

† Haag, 17. Mai. Die Zweite Kammer genehmigte mit 64 gegen 15 Stimmen die Aufnahme einer 4prozentigen Anleihe von 48 Millionen Gulden zur Deckung des Defizits und Vollenbung öffentlicher Arbeiten.

† St. Petersburg, 17. Mai. Anlässlich der glücklichen Errettung des Kaisers Wilhelm überbandte der Municipalrath von Petersburg durch Vermittlung des russischen Botschafters in Berlin dem Kaiser eine Glückwunsch-Adresse. Ebenso haben der Generalgouverneur von Mordau, Fürst Dolgorouow, sowie die dortige Adelversammlung und der Municipalrath dem Kaiser ihre Glückwünsche ausgedrückt. In der evangelischen Kirche zu Kiew fand aus demselben Anlaß ein zahlreich besuchter Dank-Gottesdienst statt.

× Wien, 17. Mai. Die Morgenblätter fassen die gestern aus Petersburg telegraphirten Nachrichten günstig auf, ohne jedoch ihren skeptischen Ansichten bezüglich Erhaltung des Friedens völlig zu entsagen. Das „Fremdenblatt“ äußert: Die Konzeptionen, zu welchen man sich in Petersburg bezüglich Batusms und der Karte von Bulgarien bereit erkläre, böten einer friedlichen Verständigung jedenfalls bedeutende Hindernisse. Die „Presse“ schreibt: Die wesentlichsten Ausstellungen Englands an dem Präliminarvertrage von San Stefano erschienen durch jene Konzeptionen befestigt; die eigentliche Entscheidung werde aber erst nach der im Laufe nächster Woche erfolgenden Rückkehr Schmalloff's nach London zu erwarten sein. Die „Neue Fr. Pr.“ konstatiert die friedliche Stimmung in Petersburg, es sei aber schwer zu bestimmen, wie lange dieselbe anhalten werde. Das „Neue Wiener Tagbl.“ erblickt in den neuesten Konzeptionen des Petersburger Kabinetts ein völliges Zurückweichen desselben gegenüber England und Europa.

× Wien, 17. Mai. Die „Pol. Korresp.“ meldet aus Konstantinopel von heute: Tottleben dringt energisch auf Räumung der Festungen in Bulgarien und setzte, wie gerüthet wurde, einen spätesten Termin für die definitive Räumung, drohte auch mit Zwangsmaßregeln. Gestern fand diesbezüglich ein Ministerrath unter dem Vorsitz des Sultans statt, welcher jedoch keinen definitiven Beschluß faßte. — Bei dem vorgestrigen Diner, beim Sultan brachte sich die Frage der Repatriirung der bosnischen Flüchtlinge zur Sprache. — Aus Bukarest vom 16. d. meldet dieselbe Korresp. von der anhaltenden Bewegung russischer Truppen gegen die Donau. Fürst Karl habe das Truppenlager bei Krajowa inspizirt und sei sodann nach Turnseverin abgereist.

× Konstantinopel, 16. Mai. Dem gestern zu Ehren des österreichischen Botschafters Jichy gegebenen Diner wohnten auch die Minister und die Generalität bei.

Die Nachricht, daß die Russen sich von Sibawa bei Batum zurückgezogen hätten, findet keine Bestätigung; ebensowenig ist es begründet, daß es bei Besetzung des gedachten Ortes durch die Russen zu einem Zusammenstoße mit der Bevölkerung gekommen sei.

× Paris, 17. Mai. Die „Agence Havas“ verbreitet folgende Meldung: zufolge Nachrichten aus Petersburg über die Mission Schmalloff's erscheine der Zutritt des Kongresses ungeachtet der in Konstantinopel neuerdings aufgetauchten Schwierigkeiten als gewiß.

× London, 17. Mai. Die zweite Ausgabe der „Times“ meldet aus Pera vom 16.: Obgleich die Vorschreibung der russischen Linien um 4 Kilometer näher an Konstantinopel als jeder politischen Bedeutung entbehrend bezeichnet wird, trägt diese Bewegung doch zur Erhöhung der hier herrschenden Unruhe bei. Fernere Nachrichten melden den Vormarsch von 15,000 Russen von Kallitratie bis Kutschuk Ischemje und Vorwärtsbewegungen von Silivria auf Kallitratie, sowie andere ähnliche Bewegungen, welche sämmtlich auf die Anhäufung russischer Truppen in größerer Nähe von Konstantinopel hindeuten. Es geht das Gerücht, die Russen beabsichtigen die Herstellung eines Kanals vom See Ischemje bis zum Meer, um Schiffen den Zugang zu ermöglichen. Ferner verlautet gerüthweise, der russische Botschafter habe der Pforte ein Ultimatum überreicht; aber obwohl große Anstrengungen gemacht würden, um die Pforte zu bestimmen, daß sie auf den Rückzug der britischen Flotte aus dem Marmarameer dringe, so sei doch noch kein entscheidender Schritt geschehen.

× St. Petersburg, 17. Mai. Die „Agence Russe“ hebt in einem längeren Artikel über die politische Lage hervor, England habe, nachdem es lange Zeit das System der Nichtintervention befolgte und für die internationalen Angelegenheiten kein Interesse an den Tag legte, das Bedürfnis gefühlt, zu zeigen, daß es noch das alte England sei, dessen mit der größten Schnelligkeit auf dem englischen Kontinent, auf allen Meeren und in den entlegensten Kolonien angehängte Aktionsmittel seine Macht behaupten. Rußland seinerseits, kaum aus einem heroischen und kospispielligen Kriege hervorgegangen, habe dargethan, daß es bereit sei, die patriotischen Alte ruhmvollen Heldenmuths einer um ihren Souverän geschauten Nation von 85 Millionen zu erneuern. Die Spalten der Journale seien in den letzten Monaten angefüllt mit Details, welche diese doppelte Demonstration konstatierten. Man müßte an der menschlichen Weisheit zweifeln, wenn Regierungen, welche über solche gigantische Aktionsmittel verfügten, vor deren Anwendung sich nicht fragen sollten, ob die sprechlichen Uebel, welche sie sich gegenseitig zufügen könnten, aufgewogen werden durch die besondern Vorteile, die daraus hervorgehen könnten, und ob diese furchtbare Macht, wenn angewendet, nicht mehr um sich gegenständig zu schaden, sondern sich im Oriente, in Europa und Asien beizusetzen, nicht viel größere Vorteile für diese Mächte, für Europa und die Humanität zur Folge haben könne. Wenn aber diejenigen, denen mehr daran liegt, was sie thun, zu verantworten, als sich von Leidenschaft und Gereiztheit beeinflussen zu lassen, sich die Frage stellen, was ihre Pflichten und ihre Verantwortlichkeiten erheischen, so ist der daraus zu ziehende Schluß leicht.

Verichtigung. In der gestrigen Nummer, erste Seite, Spalte 3, Telegramm Konstantinopel, 16. Mai, Zeile 3 v. o. ist statt russischen zu lesen: indischen Truppen.

§ Politische Wochenübersicht.

Die abschließliche That einer rucklosen Hand, deren verderbliche Wirkung Gottes gnädige Fügung von dem Haupte unseres allverehrten Kaisers und seiner mitbedrohten erlauchtesten Tochter abgewendet hat, ist für das deutsche Volk ein Freudenfest geworden, an dem alle patriotischen Herzen mit begeistertem Danke für die glückliche Errettung des großen Monarchen theilnehmen und welchem auch das Ausland mit unzweideutigen Aeußerungen tiefer Verehrung für das Oberhaupt der deutschen Nation sich angeschlossen. Müht sich doch die Empfindung des Auslandes bei dieser Gelegenheit in die Worte zusammenzufassen: „Europa kann das Leben des Kaisers, des mächtigen Friedensvermittlers, in diesem Augenblicke nicht wohl missen!“ Von allen Höfen und Regierungen sind sofort die Beweise aufrichtigster Theilnahme eingegangen, die Presse aller Länder hat einmüthig das Zeugniß abgelegt, welches hohes Gut des Kaisers Leben für ganz Europa und für Deutschland ist. Darum die Lauer zu zählenden Kundgebungen der Treue und Anhänglichkeit, welche — nach des Kaisers eigenem Dankeswort — Ihm bezeugt haben, daß das Herz des Volkes bei seinem Kaiser und Könige ist und daß es Gutes und Trauriges treu mit theilt.

Ein freudiges Familienereigniß war die Doppelverlobung des Prinzen Heinrich der Niederlande mit der Prinzessin Marie und des Prinzen von Connaught mit der Prinzessin Luise Margarethe. Der Deutsche Kronprinz ist mit seinen jüngeren Kindern nach England gereist.

Seit des Grafen Schmalloff's Anwesenheit in Petersburg liegt über der orientalischen Frage ein eigenthümliches Dunkel, indem über die bezüglichen Besprechungen absichtlich ein vollständiges Stillschweigen bewahrt wird. Man wird nicht irren, wenn man die versöhnlichen und friedlichen Inten-

tionen für vorwiegend hält, so daß auch die Nachricht von einem günstigen Resultat der Reise Schmalloff's wahrscheinlich lautet. Ein Widerspruch an sich damit liegt wohl in den fortgesetzten energischen Rüstungen der Beteiligten nicht, doch mögen diese zu den ungünstigeren Nachrichten hauptsächlich Anlaß gegeben haben. Man wird sich bis zur Rückkehr des Grafen nach London (über Berlin) in Geduld fassen und abwarten müssen, ob seine Mittheilungen genügende Grundlagen für weitere Unterhandlungen mit praktischem Resultate bieten werden. Wenn es heißt, die von England vorgeschlagene Lösung werde als ein Hinderniß für ein friedliches Uebereinkommen angesehen, so mag bemerkt werden, daß Schmalloff keine schriftlich formulirten Vorschläge der britischen Regierung mitgenommen hat; selbstverständlich wird er aber auch die Einzelheiten der englischen Forderungen kennen müssen. Sind in den wesentlichen Punkten (und beachtenswerth genug scheint z. B. auf Batum, das eben noch für einen Hauptankersplatz erklärt wurde, da Rußland den Besitz dieses Plazes als wohlgelegenen Ausgangspunkt für ein asiatisches Eisenbahn-Netz unbedingt zu fordern schien, kein solches Gewicht gelegt zu werden) Zugeständnisse gemacht, so wird auch der Kongress wieder in den Vordergrund treten und die Erwägung mehr zur Geltung kommen können, daß durch ihn zum Vortheile Aller besser gefordert werden kann, als durch einen langen Krieg und die Verschwendung der ungeheuren Machtmittel, über welche England und Rußland verfügen.

Die Session des deutschen Reichstags geht ihrem Schlusse entgegen, der für Mitte nächster Woche beabsichtigt ist. Mit Zuhilfenahme von Abend-Sitzungen sollen noch erledigt werden: Die Anwaltsordnung, die Vorlagen in Betreff der Gewerbeordnung und der Gewerbegerichte, das Nahrungsmittel-Gesetz, der Vertrag mit Rumänien, welcher einer Kommission überwiesen wurde, und der Nachtrag zum Gotthardbahn-Vertrag. Der Entwurf über den Spielarten-Stempel wurde in zweiter Lesung genehmigt, ebenso die Endblock-Annahme des Gerichtslosten-Gesetzes und der Gebührenordnungen. Der Auslieferungsvertrag mit Schweden ist in zweiter Lesung angenommen. Das Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz wurde publizirt. Das Attentat auf den Kaiser soll dem Staatsministerium bereits Anlaß zu wiederholten Besprechungen über eventuelle Maßnahmen gegen die destruktive Agitation gegeben haben. Die Taufe der Panzerfregatte „Bayern“ durch den Vizepräsidenten des Reichstages v. Stauffenberg in Kiel nahm einen glänzenden Verlauf. Das Befinden des Fürsten Reichskanzlers ist nach einigen Schwankungen besser und war selbst von dessen Rückkehr nach Berlin in diesen Tagen die Rede. Der sächsische Landtag ist auf den 22. d. einberufen; die hessische Zweite Kammer ist am 14. zusammengetreten.

Im ungarischen Abgeordnetenhause wurde die Vorlage über Klaffmachung des 66-Millionen-Kredits angenommen und werden nun die Delegationen einberufen werden; im österreichischen Budgetausschusse wurde noch die Bedingung vorheriger Erklärungen über die Verwendung der 60 Millionen angenommen. Eine Notiz, daß Graf Jichy der Pforte die temporäre Besetzung Bosniens als erforderlich erklärt, kann in dieser Form nicht richtig sein; der Ministerpräsident Tisza erklärte in bestimmter Weise eine solche Besetzung oder eine Ausgleichspolitik für die Regierung als unmöglich und das Gerücht von Zurückförderung der bosnischen Flüchtlinge unter dem Geleite österreichischer Truppen für unbegründet; dagegen werden Befestigungsarbeiten an den Karpathenpässen vorgenommen.

Frankreich hat angeblich gegen die Besetzung von Port-Said durch anglo-indische Truppen protestirt. Im Senat wurde der Gesetzentwurf Freycinet's über Rücklauf der Eisenbahnen angenommen. Italien verlangt die unverzügliche Berathung des neuen Handelsvertrags, durch die französischen Kammern; die Regierung wird die Verlängerung des alten Vertrags bis zum November vorschlagen. Gambetta ist zum Präsidenten der Budgetkommission gewählt worden. Am 11. wurde die deutsche Ausstellung feierlich eröffnet. Der verstorbene Oberst Denfert, Vertheidiger von Belfort, wurde auf Staatskosten beerdigt. Gegen das englische Ministerium sind Misstrauensvota wegen Herbeiziehung indischer Truppen ohne vorherige Befragung des Parlaments, wozu noch hinreichend Zeit gewesen, und wegen „kriegerischer Demonstrationen“ im Wert. Neuerdings sollen die Rüstungen beschleunigt worden sein; das 1. Armeecorps sollte sich zur Einschiffung am 28. d. bereit halten. Der Strike der Baumwollen-Arbeiter in Lancashire nimmt immer größere Dimensionen an; in Blackburne kam es an mehreren Tagen zu sehr ernstlichen Unruhen und Ausschreitungen. Der hochbetagte Lord Russell soll schwer erkrankt sein.

In der Deputirtenkammer Belgiens wurde mit Beziehung auf die vielfältige Agitation des Aleras die Situation als eine sehr ernste bezeichnet und mit derjenigen Frankreichs unter dem Kabinete vom 16. Mai verglichen.

Die Nachrichten aus Rumänien lauten wieder bedenklich und es wurde wieder eine Besetzung der Hauptstadt durch die Russen befürchtet. Möglich, daß bei den rumänischen

Dingen Uebertreibung und orientalische Phantasie mitunterläuft. Die Pforte hat eine Vorlage organischer Gesetze zu Reformen auf fast allen Gebieten des Staats ausgearbeitet — nicht zum ersten und wohl auch nicht zum letzten Mal. Im Uebrigen lavirt sie gegenüber den russischen Forderungen bezüglich der Festungen; hier wird nicht eher eine Entscheidung zu erwarten sein, als bis anderswo die Würfel gefallen sind.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Mai. Das Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 16 vom heutigen enthält:

Bekanntmachung und Verordnung des Handelsministeriums: 1) die Vorbildung der Bau- und Maschineningenieure betr.; 2) die Feststellung und Erhebung der Fluß- und Dammbau-Beiträge betr.

3 Berlin, 16. Mai. Das Staatsministerium trat heute wiederum im Reichstags-Gebäude zu einer Sitzung zusammen, um die Erwägungen fortzusetzen, die sich an das traurige Attentat der vorigen Woche knüpfen. Es dürfte sich besonders um die Frage handeln, ob es gerathen und thunlich ist, dem Reichstag noch vor seinem unmittelbar bevorstehenden Schluß eine Vorlage in dieser Richtung zu machen. Zwischen dem Staatsministerium und dem Reichskanzler hat in den letzten Tagen ein lebhafter vertraulicher Gedankenaustausch stattgefunden. Die Andeutungen einzelner hiesiger Blätter über die Zielpunkte der Beratungen und über die Stellung, welche einzelne Minister bei den letzteren eingenommen haben sollen, sind, wie kaum zu versichern nöthig ist, erfunden. Die Haltung der Presse beweist fortgesetzt, wie tief der Eindruck des Ereignisses in allen Kreisen ist und wie sehr man die der Gesellschaft drohenden Gefahren aus allen Umständen der Untersuchung erkennt. Nicht bloß in nationalliberalen und konservativen, sondern auch in fortschrittlichen Blättern werden diese Gefahren unumwunden anerkannt und die Dringlichkeit der Abhilfe hervorgehoben; freilich bricht die Klarheit der Einsicht gewöhnlich an dem Punkte ab, wo es darauf ankommt, die Heilmittel anzugeben. Hier werden die verschiedenen Lieblingsdogmen vorgetragen und von deren allgemeiner Befolgung Rettung in Aussicht gestellt. Daß isolirter Widerstand und isolirte Belehrung nichts vermögen, darüber liegt die Lehre der Erfahrung hinlänglich deutlich vor. Die Pflicht derer, welche für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten die Verantwortung tragen, der nunmehr nicht mehr zu verkennenden Gefahr gegenüber, wird daher einer eindringlicheren Erwägung bedürfen, als sie bis jetzt in der Presse angestellt worden ist. — Mit namenloser Frechheit sucht die „Berl. Fr. Presse“ das Attentat, unter Verhöhnung der Religion, auf eine Anspitzung ihrer Gegner, d. h. Aller, welche zur bestehenden Ordnung halten, zurückzuführen, um einen Meuchelmord an der Socialdemokratie zu begehen. Diese Frechheit ist der stärkste Beweis, den man fordern kann, dafür, wie weit das Selbstvertrauen der Socialdemokratie bereits gewachsen ist.

Es bestätigt sich, daß der Kaiser und die Frau Großherzogin von Baden am Tage nach dem Attentat je eine gesonderte Aufzeichnung über den Verlauf des Ereignisses nach eigener Wahrnehmung niedergeschrieben und dem Minister des Innern überliefert haben. Der wesentliche Inhalt dieser Aufzeichnung, soweit er für die Öffentlichkeit geeignet ist, jedenfalls bei der Darstellung der „Provinzial-Korrespondenz“ benützt worden.

Berlin, 17. Mai. Der „Köln. Ztg.“ wird von hier telegraphirt: Der preussische Ministerrath hat dem Bundesrath einen Antrag betreffend den Erlaß von Bestimmungen bezüglich der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts zugehen lassen, derselbe wird beim Bundesrath, wie es heißt, vertraulich behandelt. Man will wissen, es handle sich um eine Ermächtigung an den Bundesrath, in geeigneten Fällen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegen. — Gerüchte über den Rücktritt des Ministers Falk erhalten sich; der Minister war in der heutigen Reichstags-Sitzung eine Zeit lang anwesend, gleichwohl bleibt man bei den Angaben stehen.

3 Berlin, 17. Mai. Dem Bundesrath ist heute mit der Unterschrift des Fürsten Bismarck ein Antrag Preußens auf Erlaß eines Gesetzes zur Abwehr socialdemokratischer Ausschreitungen zugegangen. Der Antrag ist das Ergebnis der Beratungen im Staatsministerium während der letzten Tage, zu welchen auch der Staatssekretär des Reichs, Justizamts, Dr. Friedberg, zugegen war. Der Justizminister Leonhardt war durch Krankheit zurückgehalten, weshalb der Vorsitz dem Kultusminister Falk zufiel. Die Einbringung mit der Namensunterschrift des Fürsten Bismarck behandelte das volle Einverständnis des Staatsministeriums mit demselben. Es handelt sich nicht um die Beschränkung einer der verfassungsmäßigen Freiheiten im Allgemeinen, sondern um eine Spezialermächtigung für den Bundesrath zu Maßregeln gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie. Der Gesetzentwurf stellt eine Vollmacht für den Bundesrath fest, Druckchriften und Vereine, welche die Ziele der Socialdemokratie verfolgen, zu verbieten, vorbehaltlich der Genehmigung des Reichstags durch den Reichstag, sobald derselbe versammelt ist. Abgesehen von dieser Ermächtigung, gegen die socialdemokratischen Vereine und ihre Presse einzuschreiten, ist noch ein Strafparagraf gegen die Untergrabung der staatlichen Ordnung, aber auch mit spezifischer Bezeichnung des Ursprungs aus der socialdemokratischen Richtung angenommen. Das Gesetz soll für drei Jahre gelten. Die Einbringung dieses Gesetzes, welches wohl gleich Anfangs nächster Woche an den Reichstag gelangen dürfte, wird selbstverständlich auf die bisherigen Dispositionen über den Schluß der Session einen abändernden Einfluß üben. Wenn die „Provinzial-Korrespondenz“ im Gegensatz zu anderen Meldungen sagte, daß der Schluß nicht vor dem 25. Mai möglich sein werde, so hat dies wohl auf der Zu-

aussichtnahme einer derartigen Vorlage beruht. Die Vorlage ist von solcher Wichtigkeit für die innere Politik, daß die Beschlußfähigkeit des Reichstags bis zum Ende, wenn sie zweifelhaft gewesen sein sollte, nunmehr wohl unbedingt gesichert ist.

In Bezug auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag, welcher in den letzten Tagen vielfach zum Gegenstand von Erörterungen gemacht worden ist, läßt sich annehmen, daß nach Lage der Verhältnisse eine weitere Verlängerung bis zum Schluß dieses Jahres ausgesprochen werden wird.

Berlin, 17. Mai. Reichstag. 50. Sitzung.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, der Nachtragsetat betr. die Vertheilung der Matricularbeiträge, wurde in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Bei der nun folgenden zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Tabakquöte beantragten Schmidt (Württemberg) und Lucius die Annahme des § 1 in folgender Fassung: Ueber den Umfang und die Gestalt der Tabakfabrikation und des Tabakhandels im Reich soll eine Untersuchung stattfinden, welche durch eine vom Bundesrath zu berufende Kommission unter Vorziehung Sachverständiger geführt wird.

U. Stauffenberg beantragte folgende Fassung des § 1: Ueber den Tabakhan, die Tabakfabrikation und den Tabakhandel im Reich sollen unter Vorziehung Sachverständiger nach Maßgabe der vom Bundesrath festzustellenden und bekannt zu machenden Bestimmungen Erhebungen veranstaltet werden, deren Resultat dem Reichstage mitzutheilen ist.

Minister Hoffmann erklärte sich mit dem Amendement v. Stauffenberg einverstanden unter dem Vorbehalt, daß dadurch auf die Festlegungen des folgenden unbedingten notwendigen Paragraphen nicht verzichtet werde.

Windthorst erklärte sich gegen die Vorlage und die beiden Amendements.

Finanzminister Hobeck erklärte: es sei zu bedauern, daß der ursprüngliche Entwurf über die Erhöhung der Tabaksteuer nicht kommissarisch vorbereitet sei; dies hätte wahrscheinlich zu einer Beschleunigung geführt. In den Motiven sei Ziel und Aufgabe der heftigsten Steuerreform im Allgemeinen ausgesprochen. Die ziffermäßige Angabe über die Verwendung der neu aufzubringenden Summen zu reformatorischen Zwecken sei zur Beschleunigung über vorbereitende Schritte nicht erforderlich. Die Entlastung der Communalverbände, namentlich in Preußen, sei notwendig, doch dürfe man sich dießbezüglich nicht zu weitgehenden Hoffnungen hingeben. Der Staat dürfe den Communen ihre Lasten nicht abnehmen und ihnen keine Unterstützung gewähren. Preußen dürfe auf keine direkte Steuer verzichten. Die vornehmlichsten Mittel und Wege zur Entlastung der Communen lägen in der Reform der Klassen- und Einkommensteuer und Ueberweisung einer Quote auf die Grundsteuer und die Gebäudesteuer an die Communen. Man müsse einerseits die Summe der Bedürfnisse feststellen, andererseits die in der Form irgendwelcher Schwierigkeiten beseitigen. Man möge die Regierungsvorlage, wenn auch mit einigen Modifikationen annehmen oder den § 1 in der Fassung des Amendements v. Stauffenberg bewilligen.

Minister (Hagen) widersprach der Vorlage in jeder Form.

Präsident Hoffmann bemerkte gegenüber Richter: Es sei nicht die Absicht der Regierung, dem Volke mehr Steuern aufzubürden, sondern es solle eine Reform des Steuersystems in Deutschland durchgeführt werden, im Reich wie in den Einzelstaaten; durch dieselbe solle die Steuerlast nicht vermehrt, sondern eine leichtere Art der Besteuerung der Steuern herbeigeführt werden.

Darauf wurde das Amendement v. Stauffenberg nach Zurückziehung des Amendements Schmidt in namentlicher Abstimmung mit 162 gegen 117 Stimmen angenommen.

Bei § 2, welcher die Verpflichtung der Tabakinteressenten zu gewissen Angaben festsetzt, wurde das Amendement Schmidt abgelehnt, worauf der Antragsteller seine sämtlichen übrigen Amendements zurückzog. U. Stauffenberg erklärte sich gegen den Paragraphen, ebenso wie gegen den gleichgearteten § 3. Schmidt und v. Helldorff traten für diese Paragraphen ein, Lasker opponirte denselben.

§ 2 der Vorlage wurde demnach abgelehnt, ebenso § 3. Die vier nächsten Paragraphen bis § 9 sind dadurch hinfällig geworden.

§ 10, die Höhe der gewährten Mittel zur Vornahme der Enquête, sowie die Anführung derselben betr., wurde in der von v. Stauffenberg beantragten Fassung angenommen; damit ist der Gesetzentwurf erledigt.

Der Nachtragsvertrag betr. die Gottthardt-Bahn wurde nach längerer Debatte, die Vorlage betr. die Anleihe für Zwecke der Reichsseeverwaltung ohne Debatte in zweiter Lesung genehmigt.

Bei der dritten Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung entspann sich eine längere Generaldiskussion, in welcher Firsch, Kermann und Stumm das Wort nahmen.

Nach 4 Uhr vertagte sich das Haus zur Weiterberatung der letztgenannten Vorlage auf morgen.

Berlin, 17. Mai. Der Eindruck, den Hödel auf den Untersuchungsrichter sowohl wie auf alle Beobachter machte, ist der eines Lieberlichen, zersahrenen, eiteln und theatralischen Burschen. Ein Beamter, der dem Verhöre beizuwohnen Gelegenheit hatte, kennzeichnet, wie die „Tribüne“ mittheilt, den Verbrecher mit folgenden Worten: „Ein Gemisch von Bestialität, Dummheit und Gutmüthigkeit; der Mensch hat nie Erziehung gehabt; wie ein Thier ist er ausgewachsen, jedem Eindruck zugänglich; am meisten den schlechten. Er ist durch und durch lägherisch geartet, so daß seinen bisherigen Ansagen gar kein Werth beizumessen ist. Nur darin lag ein Anflug von Reue, daß er an seine Jugend erinnerte. Das Teufliche gewisser Lehren erweist sich an diesem wilden, rohen Menschen ganz unläugbar; der ewige Appell an die schlechtesten Leidenschaften des Menschen muß nothgedungen ganz verberblich wirken. Der Dögel ist grenzenlos frech und in seiner Frechheit unsagbar plebejisch.“ Bei der gestrigen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter blieb Hödel beim Lügner. Er erklärte wiederum die gegen ihn vernommenen Personen für falsche, meinedeige Zeugen. Sieben Zeugen haben erklärt, den Verbrecher auf den Kaiser, begm. auf den Kaiser bei der Ausführung der That gesehen zu haben, Herr Dittmann aus Charlottenburg, der aus der Ferne den Verbrecher auf den Kaiser gesehen, und Frau Vieh, welche den Pulverrauch über dem Haupte des Kaisers aufsteigen sah, der tai-

seliche Kutscher, welcher, wie schon früher erwähnt, bemerkte, wie Hödel nach dem Wagen stielte, und endlich die Frau Großherzogin von Baden, die in ihrer schriftlichen Aufzeichnung bestimmt erklärt, gesehen zu haben, daß der Verbrecher mit dem Revolver nach dem kaiserlichen Wagen schöß. Dagegen hat der Kaiser über diesen Punkt in seiner schriftlichen Aufzeichnung keine Erklärung abgegeben. Die Kugel, welche der Verbrecher vom Bürgersteige am russischen Botschaftspalast auf den Kaiser geschossen hatte, ist bisher nicht aufgefunden worden. Dieselbe wird wohl im Sanbe sich eingegraben haben. Dasselbe gilt auch von den übrigen drei Kugeln. Von diesen Zeugen wurden gestern drei vernommen: der Leibkutscher des Kaisers, der Leibjäger und ein Kanonier des 6. Fuß-Artillerieregiments, welcher letztere beide Hödel mit ergriffen haben. Der Leibkutscher bestätigte, daß er halten mußte, und erst nach wenigen Augenblicken auf ein lautes „Vorwärts“ Sr. Majestät weiter fahren konnte. Der Leibkutscher und der Kanonier erzählten die Ereignisse des Verbrechers. Hödel wird zu den Verhören angeführt und nicht im Gefangenenanzuge, sondern in den Kleidern vorgeführt, welche er am Tage der That getragen hat. Bei seiner Einlieferung fand man nicht einen einzigen Pfennig in seinem Besitze. Im Jahre 1875 ist Hödel übrigens schon in Berlin gewesen, hat sich damals hier acht Tage aufgehalten, um Arbeit zu suchen, solche aber nicht gefunden und ist daher wieder abgereist. Bei den Ermittlungen über sein Verbleiben sind vielfache widersprüchliche und gehässige Äußerungen über die Person unseres Kaisers festzustellen worden, welche auf eine Beschädigung des Monarchen hinarbeiteten. So hat er in Stettin, wo er einer Volkerversammlung präsidirte, in einer Resonanz laut geäußert: „Wir brauchen keinen Kaiser, keinen König und keinen Fürsten mehr.“ In einem andern Lokale desselben Ortes, in welchem er mit einigen socialdemokratischen Größen Billard gespielt, nahm er mit den Worten: „Wir brauchen keinen König“, den König aus der Mitte des Regelspiels. Wir reproduziren diese kindischen Kundgebungen nur, weil sie von dem hier ausgesandten Kriminalkommissar durch entsprechende Zeugen festgestellt und amtlich zu Protokoll genommen worden sind. Max Hödel hat seine ersten Lebensjahre bei seiner Großmutter in Stettin (Regierungsbezirk Merseburg) zugebracht. Er ist ein außerordentliches Kind, welches Mutter, eine geborene Hödel, dem Schumacher Erber in Leipzig, mit welchem sie sich später verheiratete, in die Ehe gebracht hat. Derselbe wurde als dreizehnjähriger Schulknabe wegen Verwahrlosung (namentlich Bettelns, Umhertreibens und Stiefelns) auf den Antrag des Landraths-Amtes zu Merseburg in der Zeiger Lehr- und Erziehungsanstalt am 21. Juni 1870 durch die Anstaltsverwaltung des St. Georgenhauses zu Leipzig eingetrachtet. Das Schulzeugniß von Leipzig lautet unter Rubrik Betragen: „Schlecht, er sagt systematisch.“ Geht werden die Vernehmungen auf dem Kriminalgericht fortgesetzt.

H. München, 17. Mai. Die Großherzogin von Oldenburg und deren Schwester die Prinzessin Theresie von Oldenburg sind in Kissingen zum Kurgedrauche eingetroffen. — Ihre von Loß hat gestern mit seinen Anhängern, die sich aus allen Gebieten Süddeutschlands hier sammelten, die Pilgerreise nach Rom angetreten. Die Audienz bei dem Papste wird am 23. Mai stattfinden. Die Sorge für Unterbringung der Pilger und deren Führung hat auch diesmal der deutsche Leseverein übernommen. — Zum Zwecke der Unterstützung hilfsbedürftiger Angehöriger des Deutschen Reichs in Wien hat sich unter dem Ehrenpräsidium des kaiserlich deutschen Botschafters, Hrn. Grafen zu Stolberg-Wernigerode, ein deutscher Hilfsverein in Wien gebildet, welcher nach dem Vorbilde der in Paris, London und Triest schon seit Jahren bestehenden deutschen Hilfsvereine seine Thätigkeit auszuüben beschloßen hat. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Hilfsbedürftigen und die z. B. beschränkten Mittel bittet der Verein, ihn mit Gaben zu unterstützen, sei es mit Geschenken zur Vergrößerung des Vereinsvermögens, sei es mit jährlichen Beiträgen zur Deckung der laufenden Ausgaben. Zur Entgegennahme von Gaben ist bereit das kaiserl. deutsche Konsulat in Wien, dann in München das Präsidium der königl. Polizeidirektion.

Das 1. bayr. Armeecorps wird seine Manöver im Herbst in Schwaben zwischen Lech und Iller bis an die Donau in dem Terrain innerhals Memmingen-Mindelheim und Günzburg, das 2. Armeecorps nördlich des Main in der Nähe Schweinfurt-Münnerstadt vornehmen. — Der Deutsche Kaiser hat nach hieher gelangter Mittheilung folgende Zuteilung zur Inspizierung des 15. Armeecorps im Elsaß, bei welcher auch die bayrische Brigade in Metz (Infanterieregiment Nr. 4 und 8), sowie das 5. Jägerbataillon und 5. Chevaulegeregiment betheiligt sein werden, festgesetzt: Am 14. September Reise nach Straßburg, am 15. Ruhe, am 16. große Parade des Armeecorps, am 17. Corpsmanöver, am 18. Ruhe, am 19., 20. und 21. Feldmanöver der Divisionen gegen einander und am 22. Abreise des Kaisers. Das Hauptquartier bleibt auf die ganze Dauer der Inspizierung in Straßburg; die Parade des Armeecorps wird bei Straßburg, das Corpsmanöver in dessen Nähe abgehalten. Die Feldmanöver der Divisionen gegen einander finden in der Gegend der mittleren Jörn (auf beiden Seiten dieses Flüsschens) statt.

Frankreich. Paris, 17. Mai. Als Hauptkandidat der republikanischen Partei im 6. Bezirk von Paris wird jetzt der Advokat beim Staatsrath und Präsident des Pariser Gemeinderaths, Hr. Jorissou, der schon der Nationalversammlung angehört hat, genannt.

Der Abg. Larochette-Fouquet, der sich rasch zum ersten Komiker des Abgeordnetenhauses emporgeschwungen, hat heute folgenden Antrag eingebracht:

Art 1. Jeder Franzose, welcher das Alter von 26 Jahren erreicht hat, bleibt vom 31. Dezember des vorhergehenden Jahres bis zum zurückgelegten 40. Lebensjahre seines Wahlrechts beraubt, so lange er nicht in den Ehestand getreten ist.

Art 2. Angenommen sind die Diener des kaiserlichen Kultus und die Personen, welche mit solchen Bedienen befaßt sind, daß sie ihren Entschluß, sich nie zu verheirathen, rechtfertigen.

Der Seine-Präfekt, Hr. Ferdinand Duval, hat gestern dem Pariser Gemeinderath eröffnet, daß die Regierung den Beschlüssen der Versammlung betreffend die Errichtung

für Touristen.
 213. 1. In allen Buchhandlungen ist zu haben:
Touristenkarte des unteren badischen und württembergischen Schwarzwaldes.
 Maßstab 1:100,000. Preis 2 M., in Stui auf Leinen 3 M.
 Die Karte umfaßt die Gegend von Bruchsal bis Achern und zu den Renschbädern einerseits, und Lauterburg bis Pforzheim und Wildbad-Gailw andererseits. Durch ihren Maßstab von 1:100,000, genau nach den Karten des Großh. Topograph. Bureau angefertigt, empfiehlt sie sich hauptsächlich zum Gebrauch bei Touren in den unteren Schwarzwald.
Karlsruhe.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.
 214. Unterzeichnete empfiehlt die ihr von der Kammer des großen Generalstabes in Berlin zum Debit übergebenen Karten von Baden:
Topographischer Atlas in 55 Blättern. Maßstab 1:50,000. Preis à Blatt: 1 M. 75.
Uebersichtskarte in 6 Bl. Maßstab 1:200,000. Preis à Blatt: 1 M.
Generalkarte mit Gebirge in einem Blatt. Maßstab 1:400,000. Preis 3 M. 50.
 — ohne Gebirge in einem Blatt. 1:400,000. Preis 1 M. 75.
Karlsruhe.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.
Stellen für Forstassistenten.
 224. 1. Die Fürstliche Forstverwaltung hat zwei Forstassistenten-Stellen mit wissenschaftlich gebildeten Forstmannern, welche die Staatsprüfung für den Forstverwaltungsdienst gut bestanden haben und schon einige Jahre im äusseren Dienste verwendet worden sind, zu besetzen. Der Anfangsgehalt beträgt 1800 — 2400 M. nebst 6 Mark Diäten und Reisekostenvergütung bei Forst-einrichtungen und ähnlichen auswärtigen Geschäften oder nebst Aussen bei Dienstver-messungen. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer persönlichen Verhältnisse und ihres Bildungsganges, sowie unter Anschluß ihrer Zeugnisse binnen 14 Tagen melden. Solche, welche schon bei der Forstprüfung verwendet worden, erhalten den Vorzug.
Donnerschingen, den 15. Mai 1878.
Fürstl. Fürstbergische Domänen-Kanzlei. (H. 62390.)
Stelle = Besuch.
 222. 1. Eine junge Französin, der deut-schen und englischen Sprache vollkommen mächtig, musikalisch — sucht als Erzieherin zu Kindern baldigh placirt zu werden. Es wird mehr auf gute Behandlung als hohen Lohn gesehen. Näheres Ludwigsstadt Nr. 12 in Nassau.
Kommissstelle.
 223. 1. Karlsruhe. In einem hiesigen frequenten Delikatessen- und Kolonial-waaren-Geschäft wird für einen thätigen Kommiss, der schon in der Branche gearbeitet hat, Stelle frei. Kost und Logis im Hause. Gest. Offerten besorgt die Expedition dieses Bl. unter Nr. 53.
 Bemte kann auch ein Lehrling auf-genommen werden.
 226. 1. Karlsruhe.
Schinken zum Kochen, do. zum Rohauschnitt, Schinkenwurst frisch und geräuchert, Schweinefleisch, Dürfleisch etc. etc. versehen jederzeit unter Nachnahme und Zusicherung billigster Bedienung
Cedraer Hensel, vormals Karl Wölfler, Gr. Hofl., Karlsruhe, Reichenstr. 33.
Verkauflich:
 ein braunes Pferd, ganz ver-trant, 6 Jahre alt, schler-frei. Näheres in der Expe-dition dieses Blattes. 110. 3.
 233. 1. Karlsruhe.
Submission.
 Nachstehende Gegenstände sollen im Sub-missionswege in Versteigerung vergeben werden, als:
 1019 Stück Holzbinden,
 906 Paar Unterhosen,
 192 " Federkissen für Unter-offiziere,
 1358 Stück Hemden,
 69 " compl. Helme mit neuflie-berem Belag,
 6 " weiße Helmhaube, bische,
 12 " Fantricien für Wach-meister,
 191 " " für Unteroffi-ziere u. Gemeine
 51 Paar Sporn,
 128 Trensengebisse,
 22 Sandalen mit Riemen,
 222 Stück Futterläde,
 103 Paar Felle, bische,
 269 Stück Strick-gel,
 675 " Karbälchen,
 164 " Fongarierlein.
 Preisangebote mit Proben sind bis zum 31. d. Mts. an die unterzeichnete Ver-kaufskommission einzureichen.
 Karlsruhe, den 16. Mai 1878.
 Die Versteigerungskommission des 3. Badischen Dragonerregiments Prinz Carl Nr. 22.

174. 1. **SINGER'S**
Original-Nähmaschinen
 deren jetziger Umsatz über 250,000 Stück jährlich beträgt, sind durch das unparteiische Urtheil von mehr als zwei Millionen Käufern und über 140 höchste Ehrenpreise anerkannt als die vor-züglichsten Nähmaschinen für den
Familiengebrauch und alle gewerbliche Zwecke.
 Ohne Preiserhöhung werden obige Maschinen bei kleiner Anzahlung und wöchentlich Abzahlung von M. 2 an ab-gegeben und alle oder nicht zureichende Maschinen aller Systeme gegen Original Singer-Maschinen eingetauscht und in Zahlung genommen. Durch die Gewährung solcher Erleichter-ungen wird es auch dem weniger Bemittelten ermöglicht, sich in den Besitz einer der vorzüglichsten Nähmaschinen zu bringen.
 Nur ächt wenn die Maschinen vorstehende Fabrikmarke, sowie auf dem Arm derselben die Firma The Singer Manufacturing Co. tragen und von einem mit meiner Unterschrift - G. Neidlinger - versehenen Garantiechein begleitet sind.
 Die General-Agentur für Nord- und Mittel-Europa:
G. Neidlinger, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 32.

226. **Die Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft,**
 Statutengemäßes Grund-Capital: Neun Millionen Mark,
 bis jetzt emittirt 4,501,500 Mark,
 Sparfonds am Schlusse des Jahres 1877 132,883 "
 also gegenwärtig disponibler Garantie-Fonds: 4,634,383 Mark.
 versichert Bodenerzeugnisse aller Art gegen Hagelchaden zu festen Prämien. Nachschußzahlungen finden nicht statt. Die Entschädigungs-Beträge werden spätestens binnen Monatsfrist nach Feststellung derselben voll ausbezahlt.
 Die Versicherungen können auf ein Jahr oder auf fünf Jahre abgeschlossen werden. Bei fünfjährigen Versicherungen gewährt die Gesellschaft einen Rabatt von fünf Prozent, welcher alljährlich an der Prämie gut gerechnet wird. Außerdem werden fünfjährig Versicherte im zweiten und folgenden Jahren auch dann für eintretende Hagelchäden entschädigt, wenn sie keine neue Declaration der bestellten Bodenerzeugnisse eingereicht haben. Endlich wird den fünfjährig Versicherten auf Verlangen die Prämie bis zum 31. Oktober des Versicherungsjahres gestundet.
 Seit ihrem vierundzwanzigjährigen Bestehen hat die Gesellschaft 805,327 Versicherungen abgeschlossen und 30,463,802 Mark Entschädigung gezahlt. Die Versicherungssumme im Jahre 1877 betrug 161,750,615 Mark.
 Die unterzeichnete General-Agentur, sowie die in allen Theilen des Landes angestellten Agenten nehmen Versicherungs-Anträge gern entgegen, und werden jede weitere Auskunft bereitwilligst ertheilen.
Die General-Agentur:
W. Rothermel.

225. Nr. 5792. Karlsruhe.
Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Großherzogthum Baden.
 Gemäß des § 52 der Statuten wird die ordentliche Generalversammlung am **Mittwoch den 26. Juni 1878, Nachmittags 3 Uhr,** im Saale des Hotel Prinz Wilhelm zu Karlsruhe — Amalienstraße Nr. 51 — abgehalten werden.
Tages-Ordnung:
 1. Abgabe der Wahzettel des Verwaltungsraths und An-schusses (§§ 61/62 der Statuten).
 2. Wahl des Präsidenten und Sekretärs der Generalversammlung.
 3. Vorlage des Rechenschaftsberichts pro 1877.
 4. Antrag des Verwaltungsraths in Betreff der Anstaltungs-Verhältnisse von Beamten der Anstalt.
 5. Eröffnung der Wahzettel und Zusammenstellung des Ergebnisses der Wahl.
 Das Verzeichniß der wählbaren Mitglieder kann bei den Herren Beratern und auf dem Bureau der Anstalt eingesehen und besichtigt auch die Wahlordnung nebst dem Formular eines Wahzettels erhoben werden.
 Karlsruhe, im Mai 1878.
Der Verwaltungsrath.

Fabrik-Märke.
Mannheimer Portland-Cement-Fabrik
 vormals J. F. Espenschied, in Mannheim,
 empfiehlt ihr anerkannt gleichmässiges Fabrikat, welches sich seit 1862 bei den ver-schiedenartigsten Verwendungen stets aus Vor-zuehlfähigkeit bewährt hat. 11,830. 8.
 Die Fabrikanlagen gestatten die prompteste Ausführung selbst der grössten Aufträge.
 227. Waldkirch.

Hollnauer Baumwoll-Spinnerei u. Weberei in Waldkirch.
 In der gestrigen Generalversammlung der Aktionäre der Gesellschaft wurde beschlossen:
 Eine Dividende von 5% oder M. 190. — für die Aktie für das Betriebs-jahr 1877 gegen Rückgabe d. 5 Coupons Nr. 7 zur Vertheilung zu bringen, die so-fort bei der Gesellschaftskasse oder den Herren Grunelius & Co. in Frankfurt a. M., Pfann & Co. in Stuttgart, J. Müller in Karlsruhe, Köster & Co. in Mann-heim, Christian Metz und Gebrüder Koberer in Freiburg, der Rheinischen Creditbank in Mannheim und deren Filialen, sowie der Elsaß-Lothringischen Bank in Mülhausen erhoben werden kann.
 Waldkirch, den 16. Mai 1878.
Der Vorstand.

Bad Sulzbach bei Oberkirch,
 am südlichen Schwarzwald, 1/4 St. von der Renschthal-Bahn, Station Hubacher gelegen, ist seit **10. Mai** wieder eröffnet.
 Sulzbach's Thermen, angeht hellam in allen rheumatischen Gicht, Nerven- und Magenleiden, sowie Blutarznei, sind ebenso berühmt als die herrlich romantische Lage und angenehmer Aufenthalt; umgeben von schattigen Tannen- und Laubbolz-Waldungen, die durch neue, schon angelegte Wege bequem nach den höchsten Bergen mit prachtvoller Fernsicht führen, ist Sulzbach ebenso zu einer Lustkur zu empfeh-len, als wie für Touristen einladend, da es der nächste und schönste Weg nach den Wasserfällen zu Allerheiligen ist.
 Mittag Tisch 12 1/2 Uhr; zu jeder Zeit warme und kalte Speisen; reine Ge-tränke; comfortable Zimmer; billige Preise; bei längerem Aufenthalt Pension.
 Bad Sulzbach, im Mai 1878.
Louis Börsig,
 Badeigentümer.

239. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Unter Bezugnahme auf die Publikation vom 20. Januar l. J. wird hiermit bekannt gemacht, das die Spezialtarife für Zinkblech-transporte ab Mengersroth und Rudzings nach Badischen Stationen vom 1. März 1878 und nach Station Basel via Hof-Burgberg bzw. Eger Lindau vom 10. Mai 1876 noch bis zum 20. Juni l. J. in Gültigkeit bleiben.
 Karlsruhe, den 17. Mai 1878.
 General-Direktion.

237. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Für den Italiens-Schweizerisch-Süd-badischen Güterverkehr ist an Stelle des am 16. ds. Mts. außer Kraft getretenen Tarifs vom 1. November 1871 mit Wirkung vom gleichen Tage ein neuer Tarif mit direkten Frachttarifen für die Stationen Lindau, Rom-mahorn, Rorschach und Konstanz zur Ausgabe gelangt, welcher beim Bahnamt Konstanz zum Kostenpreis von 60 Pf. pro Exemplar bezogen werden kann.
 Karlsruhe, den 18. Mai 1878.
 General-Direktion.

232. Karlsruhe.
Landesgewerbehalle.
 Es wird hiermit bekannt gemacht, daß Nr. 1 bis 200 der Patentchriften (Beschrei-bung und Zeichnung der ertheilten Reichs-patente) auf 4 Wochen in der Bibliothek aufgelegt sind.
 Karlsruhe, den 15. Mai 1878.
 J. 362. Sinsheim.
Vorladung.
 Johann Adam Kühner, Zimmermann von Ehrstädt, welcher sich an unbekante Orte entfernt hat, wird hiermit auf Freitag den 24. Mai d. J., Vorm. 8 Uhr, auf das Rathhaus in Ehrstädt zur Fort-führung der Verlassenschaftsverhandlungen auf Ableben seines Vaters Andreas Küh-ner von Ehrstädt mit dem Bemerken vor-geladen, daß wenn er weder persönlich in der Tagfahrt erscheint, noch durch einen Bevollmächtigten sich vertreten läßt, ein Theilungssprenger für ihn bestellt wird.
 Sinsheim, den 17. Mai 1878.
 Leonhard, Notar.

235. Karlsruhe.
Pferde-Verstei-gerung.
 Bei der II. Abteilung I. Badischen Feld-artillerie Regiments Nr. 14 in Gottesau werden
 Mittwoch den 22. d. Mts.,
 Vormittags 9 Uhr,
 zwei austrangirte Dienstpferde gegen Bau-zahlung öffentlich versteigert.
 Karlsruhe, den 18. Mai 1878.
 3. Bad. Dragoner-Regiment Prinz Karl Nr. 22.

230. Sinsheim.
Ankündigung.
 Aus der Gantmasse des verstorbenen Karl Beer, Restaurateur von Unterrombach, werden in Folge richter-licher Verfügung am
 Freitag den 31. Mai 1878,
 Vormittags 11 Uhr,
 im Rathhause zu Unterrombach nachstehend beschriebene Gegenstände mit dem Bemerken öffentlich versteigert, daß der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis auch nicht erreicht wird.
 39 Ruthen Flak mit einem zweistöckigen Wohnhaus (Res-tauration zum goldenen Hof) mit Delonniegebüden, als Scheuer, Stallung, Wälschläge, Holzgrenz, neben Anton Fren-ner und Fußpfad, vormals der Waghofstraße, hinter der Wagh 12000 M.
 Ein Viertel 337 Ruthen Acker im Rämenseener, neben dem Weg u. Wendelm Weiszer Bruchsal, den 18. Mai 1878.
 Großh. Gerichtsnotar Wolff.

216. Baden.
Anseherin-Stelle.
 Die Stelle einer Anseherin in der von Stutzschen Waisenanstalt zu Lichtenthal mit einem Gehalt von jährlich 300 Mark und freier Station ist erledigt.
 Bewerberinnen, die im Weisnähen ge-übt sind und gute Zeugnisse besitzen, wollen sich innerhalb 14 Tagen schriftlich bei die-seitiger Stelle melden.
 Baden, den 15. Mai 1878.
 Großh. Verwaltungsrath der von Stutz-schen Waisenanstalt Lichtenthal zu Baden.
 v. Gester.

219. 1. Nr. 5218. Wolsch. Bis zum 15. Juni d. J. wird die Stelle des 2. Aktuars beim diesseitigen Bezirksamte offen mit einem fixen Gehalte von jährlich 1060 Mark. Bewerber werden ersucht, ihre Zeug-nisse rechtzeitig anzuzeigen.
 Wolsch, den 17. Mai 1878.
 Großh. bad. Bezirksamt.
 Seidenspinner.
 (Mit einer Beilage.)